

## **Kolumne von Nina Hager, stellvertretende Vorsitzende der DKP** **Bekommt der Osten zuviel Geld?**

Manche, wie Verkehrsminister Ramsauer (CSU), meinen: Ja. Im Osten wurde saniert und alles ist da prächtig - bis auf Kleinigkeiten wie die vielen Arbeitslosen und Armen. Und weil seit 1990 Geld ohne Ende fließt, stürzt jetzt der Westen ab.



Die Debatte wird immer skurriler. Vor allem, nachdem das niedersächsische Finanzgericht jüngst den so genannten Solidaritätszuschlag in Frage gestellt hat. Dessen mögliche Verfassungswidrigkeit muss nun das Bundesverfassungsgericht klären. Suggestiert wird, dass dann möglicherweise Schluss wäre mit der Förderung der neuen Bundesländer.

Doch dies ist Unsinn: Allein im "Solidarpakt" sind die so genannten Hilfen für den Osten geregelt. Der läuft bis 2019. - Der "Solidarpakt" hat aber mit dem "Solidaritätszuschlag" gar nichts zu tun. Im Jahr 1991 führte die CDU/CSU/FDP-Regierung unter Helmut Kohl den "Solidarzuschlag" als "Ergänzungsabgabe" ein. Zunächst für ein Jahr. 1993 und 1994 wurde der "Solidaritätszuschlag" ausgesetzt, 1995 wieder eingeführt und belastet die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger bis zum heutigen Tag. Er wird sowohl in **West- wie Ostdeutschland** erhoben. Vor allem wer Lohnsteuer zahlen muss ist betroffen. Einnahmen aus der Körperschaftsteuer kann man vernachlässigen. Es geht dabei also nicht um eine "Solidarabgabe für Ostdeutschland", sondern um eine an den Bund abzuführende Steuer (etwa 12 Milliarden Euro pro Jahr). Allein die Bundesregierung entscheidet, wohin die Gelder fließen. Deshalb sind auch die Gründe für die Einführung des Solidarzuschlags wichtig: Im Jahr 1991 wurden neben den Kosten für die "deutsche Einheit" die für den Golfkrieg (Operation Desert Storm) und seine Folgen sowie für eine Unterstützung der frühen sozialistischen mittel-, ost- und südosteuropäischen Länder genannt. Ob da beispielsweise nicht auch Gelder in die Unterstützung separatistischer reaktionärer Kräfte in Jugoslawien geflossen sind, was zu mörderischen Auseinandersetzungen führte? Erst vier Jahre später wurde der sogenannte Solidarpakt beschlossen.

Aber auch er löst trotz vieler Milliarden die ostdeutschen Probleme nicht. Denn nach wie vor ziehen vor allem junge, qualifizierte Menschen in die alten Bundesländer. Hunderttausende sind Berufspendler, wohnen im Osten und arbeiten im Westen. Die Arbeitslosigkeit ist im Vergleich zu den meisten westdeutschen Regionen doppelt so hoch, in den Betrieben wird länger gearbeitet, weniger verdient usw.

Und völlig verschwiegen wird, dass seit 1990 die Konzerne und Banken bislang an der "Einheit" weit mehr verdienten als bis zum

heutigen Tag an Transferleistung von West nach Ost floss.

Warum also die derzeitige Aufregung über die Feststellung des niedersächsischen Finanzgerichts? Das liegt bei den Steuerentlastungsplänen der neuen Bundesregierung für die Besserverdienenden und Reichen doch wohl auf der Hand. Oder?

---

[◀ zurück](#)

[Artikel versenden](#)